

Stadt Haan

Niederschrift über die

Gemeinsame Sitzung des Bau-, Vergabe- und Feuerschutzausschusses sowie des Schul- und Sportausschusses der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 12.02.2009 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:10

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Mantoy Becker
Stv. Heinz Bogatzki
Stv. Anette Braun-Kohl
AM Dr. Edwin Bölke
Stv. Marlies Goetze
Stv. Dr. Dieter Gräßler
AM Tobias Kaimer
Stv. Klaus Mentrop
AM Jens Mühlmeister
AM Vera-Katharina Schnittker
AM Volker Ziess

auch Vertretung Goeken BVFA

SPD-Fraktion

Stv. Jürgen Boes
Stv. Ute Dörr
AM Uwe Elker
Stv. Heinz Glauf­lügel
AM Karl-Heinz Korbmacher
Stv. Michael Petersen
AM Winfried Steinhoff
Stv. Bernd Stracke

FDP-Fraktion

AM Wolfgang Koziol
Stv. Michael Ruppert
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

AM Manfred Müller
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

AM Gerd Eckhardt

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld

Frau Ute Eden

Beigeordnete/r Dagmar Formella

Herr Claus Hippel

Herr Guido Mering

Herr Guido Rose

Herr Carsten Schlipkötter

Bürgermeister Knut vom Bovert

Schriftführer

Frau Astrid Ruschke-Schwinghammer

Herr Fabian Winkler

Vertreter der Schulen

AM Othmar Döhrendahl

AM Markus Helf

AM Reinold Mertens

AM Gabriele Steven

AM Heinrich Wemmer

AM Friederike von Wiser

Vertreter der Kirchen

Frau Gudrun Obermeier

Sachkundige Einwohner

AM Siegfried Funk

AM Hans Strerath

Die Vorsitzenden Dr. Dieter Gräßler und Jürgen Boes eröffnen um 17:00 Uhr die gemeinsame Sitzung des Bau-, Vergabe- und Feuerschutzausschusses sowie des Schul- und Sportausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßen alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellen fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellen die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stv. Ruppert möchte den TOP 9 mit Fragestellungen erweitern, die auch Sache des Schul- und Sportausschusses seien und regt eine vorgezogene Beratung an.

Einvernehmlich ergeht folgende Änderung der Tagesordnung: TOP 9 wird als TOP 4, TOP 8 als TOP 5 und TOP 7 als TOP 6 gemeinsam mit den Mitgliedern des Schul- und Sportausschusses beraten.

Stv. Dr. Gräßler verpflichtet im Folgenden Frau Gudrun Obermeier (Vertreterin der Kirchen) und Frau Annegret Buchar.

./ Belange des Feuerschutzes

zu 1 Anfragen und Mitteilungen

zu 1.1 Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 1.2 Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

./ Schul- und Sportangelegenheiten

zu 2 Anfragen und Mitteilungen des Schul- und Sportausschusses

zu 2.1 Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 2.2 Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

/ Bauangelegenheiten

**zu 3 PCB-Belastung Gymnasium
- Sachstandsbericht und Einstieg in ein Handlungskonzept**

Protokoll:

Stv. Pohler wünscht sich eine schnellere Erledigung als im Zeitplan dargestellt. Dies sei insbesondere aufgrund der aktuellen energetischen Situation und der fehlenden Barrierefreiheit in großen Teilen des Gebäudes zu fordern. Der Anschluss an die Nachbarstädte müsse dieserhalb gehalten werden. Zudem rege er über zwei Heizungsanlagen (für Alt- und Neubau) nachzudenken.

AM Koziol erklärt, die Sanierung des Gebäudes sei die zweckmäßigste Entscheidung gewesen. Er bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass alle Fördertöpfe des Landes etc. ausgenützt und alle weiteren Vorlagen und Vorschläge zu diesem Projekt in das Gesamtprojekt aufgenommen werden.

Stv. Goetze hält eine gute Planung für wichtiger als Schnellschüsse, sie vertraue hier auf die langjährige Erfahrung der Verwaltung. Sie regt an, die Sanierung von Aula und Sporthalle vorzuziehen.

Stv. Stracke erinnert an einen von der SPD-Fraktion durchgeführten Info-Abend für Eltern in 2003 zur Situation des städtischen Gymnasiums. Die PCB-Belastung war schon damals bekannt und die Sanierung hätte viel früher erfolgen müssen.

Bgo. Buckesfeld entgegnet, die Politik habe nie zuvor eine entsprechende Entscheidung getroffen. Die Sach- und Rechtslage stelle sich unverändert dar.

Stv. Ruppert fragt nach evtl. unterschiedlichen Grenzwerten in den Bundesländern, da die PCB-Belastung im Vergleich zu 1998 geringer worden sei. Weiterhin fragt er nach evtl. anderen Sanierungsschwerpunkten und dem aktuellen Sachstand zum VHS-Standort. Für den Fall einer Änderung des Ablaufplans (z.B. des Sanierungsbeginns mit der Sporthalle) fragt er, ob dies in der Finanzplanung abgebildet worden sei.

Bgo. Buckesfeld führt aus, die PCB-Sanierung sei als ökonomischer Nebenschauplatz mit erledigt worden, die Generalsanierung beinhalte also die PCB-Sanierung. Die Änderung von Sanierungsschwerpunkten sei dem Vorliegen von Gefahrentatbeständen geschuldet, die über die latente Gefahr hinausgingen. In Sachen VHS finde derzeit die Ermittlung des objektiven Nutzerbedarfes statt. Dabei sei der Bedarf von den Bedürfnissen zu trennen.

Bgo. Formella ergänzt, es gebe ein Profilentwicklungspapier und es bestehe jederzeit enger Kontakt zur neuen VHS-Leitung. Es sei angedacht, die Berufsqualifikationsmaßnahmen evtl. im Gymnasium stattfinden zu lassen. Die Änderung des Ablaufplanes sei derzeit nicht in der Finanzplanung abgebildet worden, Details hierzu werde sie bei der Einbringung des Haushaltes darstellen.

TA Eden fügt an, die PCB-Messungen hätten unter worst-case-Bedingungen stattgefunden, eine wesentliche Verbesserung gegenüber 1998 sei aber nicht zu erkennen gewesen. Um Störungen des Schulbetriebs zu vermeiden, seien die Sanierungsabschnitte den Bauabschnitten angepasst worden. Dabei sei die Sporthalle aufgrund der vorhandenen Brandschutzmängel an den Beginn der Arbeiten zu setzen gewesen. Ein Vorziehen der Sanierung der Aula würde dem Grundsatz widersprechen, die Belastungen für den Schulbetrieb so gering wie möglich zu halten.

Stv. Dr. Gräßler erklärt, der angeführte PCB-Grenzwert sei bereits über 10 Jahre alt und stamme vom Bundesumweltamt. Die Bundesländer hätten sich diesem Wert damals angeschlossen. Zwischenzeitlich sei aber bekannt geworden, dass viel höhere Werte als gesundheitlich unbedenklich gelten können, von daher erschließe sich ihm die sachliche Notwendigkeit nicht, die Sporthalle an den Beginn der Arbeiten zu setzen.

Bgo. Buckesfeld bekräftigt, die bestehenden gravierenden Brandschutzmängel seien der entscheidende Grund, die Sanierung der Sporthalle an den Anfang zu stellen. Außerdem füge sich dieser Bauabschnitt gut ins gesamtheitliche Prozessmanagement ein, Verschiebungen seien aber jederzeit möglich.

AM Funk pflichtet bei, die Sanierung der Sporthalle sei vorzuziehen, da sich diese in einem schlechten baulichen Zustand befinde und früher oder später Reparaturen anstünden.

Stv. Stracke bittet die Verwaltung zu prüfen, ob in den vergangenen Jahren Haushaltsansätze für die PCB-Sanierung vorhanden waren und ob

eine jahrelange Gesundheitsgefährdung existent war.

Bgo. Buckesfeld stellt klar, die Verwaltung habe die Politik immer wieder vollumfänglich zu allen Details informiert. Nun sei es an der Zeit, positiv in die Zukunft zu schauen.

Beschluss:

„Das Straßensanierungsprogramm mit dem Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplan nach dem Stand vom Januar 2009 ist im Haushalt 2009 ff. zu etatisieren.“

- zu 4 **Offene Ganztagschule Don-Bosco- 2. OGS Gruppe**
hier: - **Renovierung des Musikraumes**
 - **Sanierung der Schülertoiletten**
 - **Bericht über den Abschluss der Arbeiten**
Vorlage: 65/014/2009

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich zur Kenntnis genommen

Protokoll:

Stv. Pohler bittet die Verwaltung, die sparsamste Möglichkeit der Umsetzung zu sichten.

Stv. Goetze bittet um die Bekanntgabe verlässlicher Zahlen.

Stv. Bogatzki möchte die anhängigen Punkte in einer neuen Tagesordnung beraten.

Bgo. Formella sagt eine Info-Vorlage zur Sitzung des Rates als Diskussionsgrundlage zu.

Stv. Sack sieht auch für die OGS in Haan eine Erfolgsgeschichte, nun müsse eine gemeinsame Bedarfsplanung erfolgen.

- zu 5 Aufstockung des Pavillongebäudes Grundschule Steinkulle
hier: Bericht über den Abschluss der Arbeiten
Vorlage: 65/013/2009**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Der Bericht zu den Vergaben wird zur Kenntnis genommen.“

- zu 6 PCB-Sanierung Grundschule Bollenberg
hier: Bericht über den Stand der Sanierung
Vorlage: 65/012/2009**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Der Bericht zu den Vergaben wird zur Kenntnis genommen.“

- zu 7 Kommunaler Straßenbau in Haan
Vorlage: 66/006/2009**

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen

Protokoll:

Stv. Straßburg moniert, die Reihenfolge der Abarbeitung der einzelnen Straßen sei nicht plausibel nachzuvollziehen.

Bgo. Buckesfeld führt aus, diese Vorlage sei nunmehr bereits der dritte Versuch der Verwaltung, eine gemeinsame Geschäftsgrundlage für diese Thematik mit der Politik herzustellen. Das Straßenschadenskataster diene nicht ausschließlich als Rangfolge, die Zielerreichungsgrade stünden zunächst hintenan. Dem defizitären Verhalten der letzten Jahre müsse jedoch dringend Einhalt geboten werden indem zunächst einmal die erforderlichen Budgets von allen Beteiligten zur Kenntnis genommen würden.

Stv. Pohler sieht die Abarbeitung des Straßenschadenskatasters als Frage der Prioritätensetzung und möchte Pkt. 52 (Ohligser Straße) wegen des miserablen Zustands des Gehwegs vorziehen.

AM Ziess erklärt, die Vorlage mache deutlich, dass in der Vergangenheit zu wenig für den Erhalt bzw. die Sanierung der Straßen getan worden sei. Die Reihenfolge der Abarbeitung des Straßenschadenskatasters möchte er der sachkundigen Einschätzung des Tiefbauamtes überlassen, die den Zustand aller Haaner Straßen am besten kennen.

StVR Rose gibt zu bedenken, man müsse jede einzelne Straße als Wirtschaftsgut sehen und empfiehlt dementsprechend, keine zu kleinteiligen Entscheidungen zu treffen.

AM Müller mahnt an, den Fehler bzgl. des entstandenen Sanierungsstaus bei den Schulen nicht bei den Straßen zu wiederholen. Der Verwaltung solle hier das nötige Vertrauen entgegengebracht werden.

Bgo. Buckesfeld erinnert daran, dass das Straßenanlagevermögen den zweitgrößten Posten auf der Aktivseite der Bilanz der Stadt Haan darstelle und somit eine defizitäre Instandhaltungspolitik den konsumtiven Haushalt verdeckt, mit negativen Folgen subventioniere. Er bittet die Politik, nunmehr mit Einführung des NKF den Mut aufzubringen und eine wirtschaftliche Entscheidung zu treffen.

Stv. Pohler spricht sich für eine Bewilligung der Mittel für das Jahr 2009 aus, möchte aber insbesondere aufgrund der unsicheren Einnahmesituation in 2010 der Verwaltung keinen Freibrief erteilen. Zudem ist er der Ansicht, der Bürger kenne seine Straße besser, die Politik solle der Verwaltung Hinweise bzgl. der Reihenfolge der Abarbeitung des Straßenschadenskatasters geben dürfen.

Bgo. Buckesfeld macht deutlich, die Politik habe bislang nicht einmal das Anerkenntnis gegeben, dass das Minimalbudget zur Vermeidung defizitären Verhaltens im Straßenbau einzusetzen sei. Selbst dieser Rahmen sei zuletzt durch die Politik in Frage gestellt worden.

Stv. Stracke möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, auf welchem Listenplatz die Ohligser Straße beim Land NRW stehe und ob Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Instandsetzung des Bürgersteiges Ohligser Straße verwendet werden dürften.

Bgo. Buckesfeld erklärt, die in Rede stehende Maßnahme stünde nicht in vorderer Reihe bei den Prioritäten des Landes NRW. Was die Verwendbarkeit der Mittel aus dem Konjunkturpaket II angehe, sei ihm zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbare Antwort möglich.

Stv. Stracke wirft die Frage auf, ob der BVFA überhaupt die Kompetenz zur Festlegung eines Kostenrahmens besitze oder dies nicht originäre Aufgabe des HFA sei.

Bgo. Buckesfeld erläutert, die Fachausschüsse hätten bei durchlaufenden Vorlagen nach der Zuständigkeitsverordnung immer Empfehlungskarakter für den Rat. Zudem habe sich die mittelfristige Finanzplanung bewährt und könne durch den HFA abgeändert werden. Eine Neuigkeit des Finanzwesens nach NKF sei, den Haushalt auf unabänderlichen Notwendigkeiten aufzubauen. Hier müsse ein Umdenken bei allen Beteiligten einsetzen.

Stv. Dr. Gräßler bittet darum, dem Protokoll beizufügen, wie die Bedeutung der Straßen definiert sei.

Stv. Pohler erkennt in der Bedeutung ein Signal der Priorisierung der Straßen durch die Verwaltung.

Stv. Mentrop erinnert daran, dass im BVFA immer viel für den Straßenbau getan worden sei, damals habe die Investition in das Kanalnetz Priorität besessen. Die Vorgänger des jetzigen Technischen Dezernenten hätten die Politik stets im Unklaren über den Zustand der Gebäude und der städtischen Infrastruktur gelassen. Es habe weder ein Gebäude- noch ein Straßenschadenskataster gegeben. Der Brandschutz habe erst seit dem Flughafenbrand von Düsseldorf eine andere Bedeutung bekommen. Der BVFA habe die klare inhaltliche Entscheidungskompetenz.

Stv. Steinhoff pflichtet bei, Begehungen von Gebäuden hätten in all den Jahren mit dem BVFA stattgefunden, die Investitionen in Straßen und Gebäude seien stets ein Thema der Haushaltsberatungen gewesen, doch die Kämmerer hätten immer sparen wollen. Der BVFA sollte dem HFA die zwingende Notwendigkeit der Investition in den Straßenbau darlegen.

AM Mühlmeister ist der Ansicht, die Entscheidung müsse den Bürgern plausibel dargelegt werden und solle anlässlich von Bürgeranhörungen einfließen.

Beschluss:

„Das Straßensanierungsprogramm mit dem Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplan nach dem Stand vom Januar 2009 im Haushalt 2009 ff. ist zu etatisieren.“

zu 8

Kanalsanierungen 2009

Freigabe der Projekte

Kanalsanierung (RW) Siemensstraße

Kanalsanierung (RW) Büssingstraße

Kanalsanierung (SW/RW) Dieselstraße

Kanalsanierung (SW/RW) Breidenhofer Straße

Kanalsanierung (MW) Turnstraße

Kanalsanierung (MW) Bahnhofstraße

Kanalsanierung (MW) Hülsberg

Kanalsanierung (MW) Hülsberger Busch

Vorlage: 66/008/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Protokoll:

Stv. Mentrop möchte wissen, ob die Bürger über die Kanalsanierungen rechtzeitig informiert wurden.

TA Mering erläutert, es handele sich um grabenlose Kanalsanierungen, die zu keinerlei Beeinträchtigungen bei den Bürgern führten. Jedoch seien die Bürger darüber informiert worden, dass sie nach § 61 Landeswassergesetz dazu verpflichtet seien, bis zum Jahre 2015 die Dichtigkeit ihrer Hausanschlüsse nachzuweisen.

Auf Nachfrage des **Stv. Bogatzki**, inwiefern die Anlieger ihren Verpflichtungen dieserhalb bisher nachgekommen seien, erklärt **TA Mering**, dies sei nur selten in ausreichenden Maße geschehen.

Stv. Stracke informiert darüber, dass wohl Landesmittel für Privatleute zur Dichtigkeitsprüfung der Hausanschlüsse verfügbar seien. Er fragt, ob dies der Verwaltung bekannt sei und ob die Anschlussnehmer hierüber informiert worden seien.

TA Mering kündigt dieserhalb umgehende Recherche an.

AM Steinhoff fragt, welche Möglichkeiten Anschlussnehmer zur Sanierung hätten.

TA Mering macht deutlich, dies hänge vom Zustand der Leitungen ab.

AM Müller fordert, die Bürger müssten hierfür sensibilisiert werden.

Bgo. Buckesfeld erklärt, die Verwaltung habe eine Informationsschrift für die Bürger erstellt und verteilt. Die genaue Strategie der Umsetzung werde derzeit ermittelt.

Die Nachfrage von **AM Mühlmeister**, ob es sich bei den aufgeführten Folgekosten vorwiegend um Abschreibungskosten handele, wird von **TA Merling** bejaht.

Beschluss:

„Der Bau-, Vergabe- und Feuerschutzausschuss erteilt für die Projekte der Kanalsanierung 2009 die Freigabe.“

**zu 9 Ausschreibung von Fremdreinigungsleistungen
Vorlage: 65/011/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Das Projekt „Ausschreibung von Fremdreinigungsdienstleistungen“ wird in der beschriebenen Form freigegeben.

**zu 10 Bericht über Bauprojekte
Vorlage: 66/007/2009**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung über die Baustellen des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen.“

zu 10.1 Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 10.2 Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Dr. Dieter Gräßler
(Vorsitzender Schul- und
Sportausschuss)

Jürgen Boes
(Vorsitzender Bau-, Vergabe- und
Feuerschutzausschuss)

Fabian Winkler
(Schriftführer)